

Polnisch-Deutsch-Tschechische Konferenz

Jelenia Gora
28. 8. 2004

Grenzüberschreitende Kooperation im Rettungswesen

Akutes Koronarsyndrom in der Rettungsmedizin

Diese Veranstaltung wurde vom regionalen Zentrum für Interventionelle Kardiologie in Hirschberg und von der Niederschlesischen Ärztekammer getragen.

Seit Jahren pflegen die Niederschlesische Ärztekammer und die Sächsische Landesärztekammer regelmäßige und intensive Kontakte, gemeinsame Symposien und Vorstandssitzungen sind mittlerweile geübte Praxis. Die Einladung zu diesem Fachsymposium haben wir gern angenommen.

Die Sächsische Landesärztekammer wurde durch den Vizepräsidenten, Herrn Dr. Stefan Windau, und den ärztlichen Geschäftsführer, Herrn Dr. Siegfried Herzig, vertreten. Im folgenden sollen vor allem politische Aspekte dieser Konferenz hervorgehoben werden. Im Brennpunkt der Veranstaltung standen Probleme der grenzüberschreitenden Kooperation im Vordergrund. Struktur und Organisation des polnischen und tschechischen Rettungswesens, dies unter besonderer Berücksichtigung des Luftrettungswesens wurden von den ärztlich als auch von den politisch Verantwortlichen erläutert. Als beispielgebend für offene Fragen und zu lösende Probleme in der länderübergreifenden Zusammenarbeit im Bereich des bodengebundenen Rettungsdienstes wurde die Situation in der Grenzstadt Zgorzelec/Görlitz analysiert. Völlig offenkundig war der starke Wille aller direkt Beteiligten zu enger Zusammenarbeit. Schon die unterschiedlichen Strukturen, die differierende materielle und technische Ausstattung sowie logistische Probleme innerhalb des jeweiligen Rettungswesens setzen derzeit noch Schranken. Viel gewichtiger aber sind die noch immer vorhandenen politischen und bürokratischen Hemmnisse für einen funktionierenden länderübergreifenden Rettungsdienst. So wurde berichtet, dass Rettungshubschrauber aus Deutschland für Patientenverlegungen in Polen nur bestimmte Städte – aus rechtlichen Gründen – anfliegen können, während es landetechnisch oft möglich wäre, das verlegende Krankenhaus direkt anzufliegen. Der schwerkranke Patient muss dann erst in die „zugelassene“ Stadt transportiert werden. Selbst

Grenzformalitäten müssen von Hubschrauberbesatzungen erledigt werden. Dies sind beschämende und patientenunfreundliche, andererseits ja geradezu lächerliche und anachronistische Zustände, bedenkt man doch, wie lange schon in unseren Ländern die politischen Systemwechsel her sind. Dass grenzüberschreitender Rettungsdienst in Europa reibungslos möglich ist, muss hier nicht weiter erläutert werden.

Dr. Stefan Windau referierte über Rettungsdienst, Notarztqualifikation und Probleme des Notarztendienstes in Sachsen. Er forderte für die Sächsische Landesärztekammer mit Blick auf die Probleme des grenzüberschreitenden Rettungsdienstes nun endlich den Abschluss von zielführenden völkerrechtlichen Verträgen. Auf dieser Basis können dann die Regionen, das heißt das Land Sachsen und beispielsweise die Wojewodschaften, entsprechende Kooperationsvereinbarungen treffen. Es ist klarzustellen, dass es sowohl von polnischer als auch von deutscher Seite auf Fachebene (beispielsweise Ärztekammern, Fachgesellschaften, Gebietskörperschaften und anderen) seit Jahren diesbezügliche intensive Bemühungen gibt. Auch der Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums des Innern, Herr Bey, stellte sich hinter diese Forderungen und legte dar, dass sich das Sächsische Staatsministerium des Innern schon seit Jahren um geeignete Regelungen bemühe. Hier aber stehen logischerweise die Regierungen der Staaten in der Verantwortung, die Regelungskompetenz der Regionen greift erst nach Schaffung der völkerrechtlichen Voraussetzungen. Sinnvolle Regelungen mit entsprechenden Staatsverträgen gibt es bereits für den grenzüberschreitenden Katastrophenschutz. Der Vertreter des Sächsischen Staatsministeriums des Innern sicherte zu, erneut und zeitnah eine entsprechende Initiative bei den Ländern und beim Bund ergreifen zu wollen, gleiches verlaublich der Konsul der Bundesrepublik Deutschland in Breslau. Wir hoffen, dass den glaubhaft dargestellten Absichtserklärungen nun schnell auch Taten im Sinne praktikabler Lösungen folgen. Hier kann und muss die Politik ihre Handlungsfähigkeit beweisen, zumal Kostenfragen zwar eine gewisse, in diesem Zusammenhang nicht aber die gewichtigste Rolle spielen und so als „Generalverhinderungsargument“ nicht ins Feld geführt werden können.

Oder sollte die Weisheit, „Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg“ hier gerade nicht gelten? Die Politik sollte die Chance nutzen, Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen und – vor allem – den betroffenen kranken Menschen zu helfen.

Bezüglich der Problematik des grenzüberschreitenden Rettungsdienstes etc. muss hier mitgeteilt werden, dass der Sächsischen Landesärztekammer mehrere Sachverhalte bekannt sind, wo es in diesem Zusammenhang zu erheblichen Pflichtenkollisionen für Ärztinnen und Ärzte wie auch für Rettungsdienstmitarbeiter gekommen war, dies teils auch mit Rechtsrelevanz. Im Falle einer Kollegin wurde erst in der Berufungsinstanz eine Verurteilung aufgehoben. Wir haben als Sächsische Landesärztekammer deshalb auch auf diesem Symposium von der Politik gefordert, nicht nur bessere Bedingungen für den Patienten im grenznahen Raum zu schaffen, sondern endlich auch Rechtssicherheit und klare Handlungsgrundlagen für unsere Kolleginnen und Kollegen an der Basis der grenzüberschreitenden Notfallversorgung. Wir hoffen, wie alle Symposiumsteilnehmer, dass die profunde Diskussion auf dieser Konferenz die erforderlichen Entscheidungen befördert. Die Sächsische Landesärztekammer wird die Entwicklung beobachten und sich gegebenenfalls vernehmlich zu Wort melden. Im zweiten Teil der Konferenz standen Aspekte der prähospitalen Versorgung von Patienten mit kardiologischen Notfällen im Vordergrund. Es ist beachtens- und anerkenntniswert, mit wie viel Engagement bei den doch recht unterschiedlichen Voraussetzungen gearbeitet wird. Bei aller Kritik an Politik und Bürokratie – es gibt auch viel Positives, gerade an der Basis der Zusammenarbeit. Grenzüberschreitende Telemedizin in der Kardiologie im Rahmen des Deutsch-Polnischen Interregprojektes aus Görlitz wie auch andere Initiativen lassen vorsichtig optimistisch in die Zukunft schauen.

Eine Fortsetzung von Veranstaltungen dieser Art ist zu erwarten. Wir hoffen, dann schon über eine Verbesserung der Grundlagen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit im Rettungsdienst berichten zu können.

Dr. med. Stefan Windau
Vizepräsident